

## Anlage

### **1. Änderung des Flächennutzungsplans 2040 der Stadt Kremmen mit Teilflächen in den Ortsteilen Beetz und Kremmen**

Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beteiligung der Nachbargemeinden

Die Aufstellung der 1. FNP-Änderung erfolgt im zweistufigen Regelverfahren gemäß § 3 und § 4 BauGB.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte durch öffentliche Auslegung der Vorentwurfsfassung der Planunterlagen vom Februar 2022 im Rathaus der Stadt Kremmen im Zeitraum vom 06.04.2023 bis einschließlich 08.05.2023. Weiterhin bestand die Möglichkeit die Auslegungsunterlagen auf der Internetseite der Stadt Kremmen einzusehen.

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte mit Schreiben vom 28.08.2023 zur Vorentwurfsfassung der Planunterlagen vom Februar 2023. Im Zuge der frühzeitig Behördenbeteiligung erfolgte die Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 BauGB.

Die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung dienen insbesondere der vollständigen Ermittlung und zutreffenden Bewertung der von der Planung berührten Belange und der Information der Öffentlichkeit. Die Auslegung nach § 3 Abs. 2 kann gleichzeitig mit der Einholung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt werden.

### **Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden**

**24** Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, das Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände und der Landesjagdverband Brandenburg e.V. sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 28.08.2023 zur Stellungnahme zu den geplanten Ausweisungen des 1. Flächennutzungsplans aufgefordert, mit Beteiligungsfrist bis zum 29.09.2023.

#### Folgende Träger bzw. Nachbargemeinden äußerten sich nicht:

- Nr. 8.2 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege, Dezernat Baudenkmalpflege
- Nr. 9 Zentraldienst der Polizei, Kampfmittelbeseitigungsdienst
- Nr. 12 EBA Eisenbahnbundesamt, Außenstelle Berlin
- Nr. 17 Deutsche Bahn AGDB Immobilien – Region Ost
- Nr. 18 OVG Oberhavel Verkehrsgesellschaft mbH
- Nr. 25 Wasser- und Bodenverband „Rhin-Havelluch“
- Nr. 28 Industrie- und Handelskammer Potsdam
- Nr. 29 DFS – Deutsche Flugsicherung
- Nr. 43 Landesjagdverband Brandenburg e.V.
- Nr. 50 Fontanestadt Neuruppin
- Nr. 51 Stadt Oranienburg
- Nr. 55 Gemeinde Löwenberger Land
- Nr. 56 Gemeinde Fehrbellin

#### Folgende Träger sind gemäß ihrer Stellungnahme in ihren Belangen von der Planung nicht berührt:

- Nr. 10 LBGR - Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe
- Nr. 11 Landesbetrieb Forst Brandenburg - untere Forstbehörde – Oberförsterei Neuendorf
- Nr. 13 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
- Nr. 19 Deutsche Telekom Technik GmbH
- Nr. 20 E.dis Netz GmbH
- Nr. 22 GDMcom
- Nr. 23 OWA GmbH



- Nr. 52 Stadt Nauen
- Nr. 53 Amt Lindow (Mark)
- Nr. 54 Gemeinde Oberkrämer

Folgende Träger gaben Hinweise oder Anregungen zur Planung wie folgt:

- Nr. 1 Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL)
- Nr. 2 Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel (RPG)
- Nr. 3 Landkreis Oberhavel
- Nr. 4 Landesamt für Umwelt (LfU)
- Nr. 5 Landesamt für Bauen und Verkehr
- Nr. 6.1 Landesbetrieb Straßenwesen
- Nr. 7 Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung
- Nr. 8.1 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege, Dezernat Bodendenkmalpflege (BLDAM)
- Nr. 15 Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg
- Nr. 21 NBB Netzgesellschaft
- Nr. 24 Zweckverband Kremmen
- Nr. 26 Wasser- und Bodenverband „Schnelle Havel“
- Nr. 34 50Hertz Transmission GmbH
- Nr. 41 Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände

*Die Zählung bezieht sich auf die im Bauamt der Stadt Kremmen geführte und fortlaufend aktualisierte Gesamtliste der für das Stadtgebiet relevanten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und wird mit der im konkreten Beteiligungsverfahren getroffenen Auswahl nicht verändert.*

*Die Texte geben die Originalstellungennahmen wieder, wurden aber zur besseren Lesbarkeit und Erfassbarkeit zum Teil neu geordnet und gekürzt. Die Originalstellungennahmen können in der Bauverwaltung eingesehen werden.*



**Abwägungsvorschläge zu den vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange 1. FNP-Änderung „Kremmen 2040“ im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
1.	Gemeinsame Landesplanungsabteilung 18.09.2023	Ziele der Raumordnung stehen dem o. g. Bebauungsplan nicht entgegen. Die Festlegungskarte des LEP HR enthält für die Änderungsbereiche keine flächenbezogenen Festlegungen. Dem Vorhaben stehen keine Ziele der Raumordnung entgegen. Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung bestehen von Seiten der Landesplanung keine Anforderungen.	Die landesplanerische Beurteilung wird <b>zur Kenntnis genommen</b> .  Die Ausführungen in Kap. 3.2 der Begründung werden entsprechend ergänzt.  <b>Fortschreibung der Begründung.</b>
2.	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel 27.09.2023	<p>Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659)</li> <li>- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP FW) vom 21. November 2018</li> <li>- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" (ReP GSP) vom 8. Oktober 2020 (ABl. S. 1321)</li> </ul> <p>Vorgesehene Änderungen des Flächennutzungsplans 2040 der Stadt Kremmen ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar.</p> <p>Begründung: Die obengenannten Änderungen des Flächennutzungsplans der Stadt Kremmen hat die Darstellung von drei Änderungsbereichen überwiegend als „Sonstige Sondergebiete“ mit der Zweckbestimmung „Photovoltaikanlage“ entsprechend den Planungszielen der mehreren Bebauungspläne, die sich zurzeit in Aufstellung befinden. Die Bebauungspläne sind:</p>	<p>Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b>.  Die Ausführungen in Kap. 3.2 der Begründung werden entsprechend ergänzt.  <b>Fortschreibung der Begründung.</b></p> <p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b>.  Die Ausführungen in Kap. 3.2 der Begründung werden entsprechend ergänzt.  <b>Fortschreibung der Begründung.</b></p> <p>Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b>.  Die Ausführungen in Kap. 3.2 der Begründung werden entsprechend ergänzt.  <b>Fortschreibung der Begründung.</b></p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Be- lange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Nr. 84 „Solarpark Wallfeld“ im Ortsteil Beetz</li> <li>▪ Nr. 85 „Solarpark und Erweiterung Gewerbegebiet Orion“ im Ortsteil Kremmen</li> <li>▪ Nr. 86 „Solarpark südlich Kremmener Sandberge“ im Ortsteil Kremmen</li> <li>▪ Nr. 87 „Solarpark Hufen zum Mittelfelde“ im Ortsteil Groß-Ziethen</li> <li>▪ Nr. 90 „Solarpark Fennpfuhl / Steinberg“ im Ortsteil Staffelde</li> </ul> <p>Bei der Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 84, Nr. 85, Nr. 86, Nr. 87 wurden bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung regionalplanerische Stellungnahmen abgegeben, und alle vier wurden seinerzeit als vereinbar bewertet. Zum Bebauungsplan Nr. 90 wird zeitgleich neben dieser Stellungnahme auch eine separate Stellungnahme abgegeben, in der die Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Regionalplanung festgestellt wurde.</p> <p>Parallel zu den obengenannten Bebauungsplänen soll der Flächennutzungsplan entsprechend geändert werden, um die Entwicklung der Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan gem. § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB zu gewährleisten. Daher stimmen die Änderungsbereiche der vorgesehenen FNP-Änderungen mit den sachlichen und räumlichen Geltungsbereichen der mit der Regionalplanung im Einklang stehenden Bebauungspläne überein. Insofern sind die Änderungen des Flächennutzungsplans im Einklang mit den Erfordernissen der Regionalplanung.</p> <p><b>Hinweise:</b></p> <p>Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtenspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die</p>	<p>Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b>.</p> <p>Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b>.</p> <p>Die Ausführungen in Kap. 3.2 der Begründung werden entsprechend ergänzt.</p> <p><b>Fortschreibung der Begründung.</b></p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsi- cherung".</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prig- nitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Frei- raum und Windenergie" wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbe- deutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen.</p> <p>Durch die regionalplanerische Stellung- nahme bleibt die aufgrund anderer Vor- schriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligun- gen oder Zustimmungen unberührt.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genom- men</b>.</p>
		<p>Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Pla- nungsfortgang. Insbesondere bitten wir um Zusendung des Abwägungsergebnisses so- wie der genehmigten Satzung.</p>	<p>Die Behörden und sonstigen Träger öffentli- cher Belange deren Aufgabenbereich ge- mäß ihrer Stellungnahme durch die Pla- nung berührt wird, werden nach Abschluss des Planverfahrens über das Abwägungser- gebnis informiert.</p> <p><b>Die Regionale Planungsgemeinschaft er- hält nach Abschluss des Planverfahrens die in Kraft getretene Satzung in digitaler Fassung.</b></p>
3.	Landkreis Oberhavel 04.10.2023	<p>Der Landkreis nimmt zum Vorentwurf der Änderung des FNP Stand Februar 2023, insbesondere im Hinblick auf Äußerungen zum erforderlichen Umfang und Detailie- rungsgrad der Umweltprüfung, wie folgt Stellung. Ich bitte Sie, diese in den Abwä- gungsprozess einzubeziehen.</p> <p>Die formellen und materiellen Regelungsin- halte sowie Erfordernisse, die aus weiteren Rechtsvor- schriften entstehen, bleiben von dieser Stellungnahme unberührt.</p>	<p>Die Hinweise und Anregungen des Land- kreises zum Entwurf des Bebauungsplans werden zur Kenntnis genommen und <b>wie folgt in die Abwägung einbezogen:</b></p>
3.1	Bereich Pla- nung	<p>Im weiteren Verfahrensverlauf ist der Plan- zeichnung ein Begründungstext gemäß § 5 Abs. 5 BauGB mit den Angaben nach § 2a BauGB (Umweltbericht) beizufügen.</p>	<p>Der Hinweis <b>wird berücksichtigt</b>.</p> <p>Im Begründungstext werden die gestalteri- schen Festsetzungen und die Festsetzun- gen zum Maß der Bebauung getrennt</p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
			<p>dargestellt. Inhaltlich ergeben sich daraus keine Änderungen.</p> <p><b>Redaktionelle Änderung der Begründung</b></p>
		<p>Die beigelegte Planzeichnung vermerkt nur in den „Übersichtslageplänen“ (Ausschnitte oben links, oben Mitte), dass es sich hier um die 1. Änderung des FNP Kremen 2040 handelt. In den „Übersichtslageplänen“ erfolgte zudem eine Nummerierung der Änderungsbereiche in Änderungsbereiche 1 bis 3. In den Gegenüberstellungen Planausschnitt „Flächennutzungsplan 2040 Feststellungsexemplar Juli 2022“ mit den Planausschnitten der jeweiligen geänderten Darstellungen „Änderung FNP Kremen 2040 Vorentwurf Februar 2023 Blatt 1 – Stadtgebiet nördlicher Teil“ bzw. „Änderung FNP Kremen 2040 Vorentwurf Februar 2023 Blatt 2 – Stadtgebiet südlicher Teil“ findet sich eine solche Zuordnung durch Nummerierung der Teilbereiche nicht. Die Bezeichnung des vorliegenden Planverfahrens (1. Änderung des FNP 2040) als auch die Angaben zu den einzelnen Planausschnitten innerhalb der Planzeichnung (tlw. Nummerierung der Änderungsbereiche; tlw. Angabe Blatt 1/Blatt 2 bzw. Ausschnitt Gemeindeteil Orion, tlw. Zuordnung durch Angabe Bebauungspläne im Parallelverfahren) sind aus Gründen der Rechtsklarheit und – eindeutigkeit sowie der zu gewährleistenden Anstoßwirkung zu vereinheitlichen.</p>	<p>Der Hinweis <b>wird berücksichtigt</b>.</p> <p>Im Begründungstext werden die gestalterischen Festsetzungen und die Festsetzungen zum Maß der Bebauung getrennt dargestellt. Inhaltlich ergeben sich daraus keine Änderungen.</p> <p><b>Redaktionelle Änderung der Begründung</b></p>
3.2	FB Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	<p><u>Hinweise des Bereiches Landwirtschaft</u></p> <p>Der Vorentwurf der 1. Änderung des FNP enthält für die Flächen der Teilbereiche BPL Nr. 84 „Solarpark Wallfeld“ (34 ha), Nr. 85 „Solarpark und Erweiterung Gewerbegebiet Orion“ (21 ha) und Nr. 86 „Solarpark südlich Kremmener Sandberge“ (30 ha) ausschließlich Flächen, die im landwirtschaftlichen Feldblockkataster als Ackerland registriert sind. Nach derzeitigem Kenntnisstand müssen die Flächen, welche als Solarpark genutzt werden, aus dem landwirtschaftlichen Feldblockkataster entfernt werden und stehen somit der förderfähigen Primärproduktion nicht mehr zur Verfügung. Eventuell bestehende langfristige Nutzungsverträge mit landwirtschaftlichen Unternehmen sollten berücksichtigt werden. Nach derzeitiger Rechtsauffassung ändert sich nach Ablauf der Nutzungsdauer die Hauptbodennutzung</p>	<p>Der Hinweis <b>wird berücksichtigt</b>.</p> <p>Im Begründungstext werden die gestalterischen Festsetzungen und die Festsetzungen zum Maß der Bebauung getrennt dargestellt. Inhaltlich ergeben sich daraus keine Änderungen.</p> <p><b>Redaktionelle Änderung der Begründung</b></p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>von Ackerland zu Grünland, da mehr als 5 Jahre kein Umbruch stattfand und somit eine etablierte Grasnarbe vorherrscht. Ein möglicher (Verkaufs)wert oder eine entsprechende Pacht wäre aus heutiger Sicht deutlich geringer.</p> <p>Ein Verlust an Flächen zur Primärproduktion von insgesamt ca. 85 ha sollte von der Gemeinde hinsichtlich der regionalen Ernährungssicherung im Interesse der Bürger sorgfältig diskutiert werden.</p> <p>Weitere Hinweise und Anmerkungen ergeben sich nicht.</p>	
		<p><u>Hinweise der unteren Naturschutzbehörde</u></p> <p>Alle Änderungsbereiche befinden sich außerhalb von Schutzgebieten nach den §§ 23 bis 28 BNatSchG sowie außerhalb von Natura 2000-Gebieten.</p> <p>Gegen die Änderungen des Flächennutzungsplans bestehen aus naturschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Einwände, da der Flächennutzungsplan lediglich Eingriffe in die Schutzgüter vorbereitet. Jedoch entbindet der Flächennutzungsplan nicht von den gesetzlichen Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes sowie des brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes. Diese finden innerhalb der Bauplanungs- und Baugenehmigungsverfahren weiterhin uneingeschränkt Anwendung. Naturschutzfachliche und -rechtliche Belange sind auf Ebene des jeweiligen Bebauungsplans in der dafür erforderlichen Tiefe zu klären.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen.</b></p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>
		<p><u>Hinweise des Jagd- und Fischereiwesens</u></p> <p>Fischereirechtliche Belange sind durch das Vorhaben nicht betroffen. Sollte das Vorhaben Auswirkungen auf die bejagbaren Flächen haben oder in der Folge zum Wegfall bejagbarer Flächen führen, sind die betroffenen Jagdgenossenschaften und Inhaber der Eigenjagd-bezirke zu beteiligen. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den betroffenen Flächen um Flächen im Außenbereich handelt, bei denen es nicht ausgeschlossen ist, dass diese Flächen weiterhin vom Wild aufgesucht werden. Es obliegt dem Eigentümer ggf. geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen.</b></p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>
3.3	FB Umwelt	<u>Hinweise des FD Wasserwirtschaft</u>	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen.</b>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>Die drei Teilbereiche (Nr. 1 bei Beetz, Nr. 2 bei Orion, Nr. 3 bei Charlottenau) befinden sich außerhalb von Trinkwasserschutzzonen.</p> <p>Die wasserrechtlichen Anforderungen und Bestimmungen des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz-WHG) und des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) sind zu beachten und einzuhalten.</p>	<b>Keine Änderung.</b>
		<p><u>Hinweise der unteren Bodenschutz- und Abfallwirtschaftsbehörde</u></p> <p>Die oben genannten Flächenbereiche werden nicht im Altlastenkataster des Landkreises Oberhavel als Altlast oder Altlastenverdachtsfläche geführt.</p> <p>Aus bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen daher derzeit keine Bedenken.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen.</b></p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>
		<p><u>Hinweise des öffentlich- rechtlichen Entsorgungsträgers</u></p> <p>Die vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu vertretenden Belange werden durch das Vorhaben nicht berührt.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen.</b></p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>
3.4	FD Baudienstleistungen und Liegenschaften	<p>Gegen die 1. Änderung des FNP 2040 der Stadt Kremmen für die Teilbereiche der Bauungspläne Nr. 84, Nr. 85 und Nr. 86 werden seitens des FD Baudienstleistungen und Liegenschaften keine Einwände geltend gemacht.</p> <p>Kreisstraßen sind von dem geplanten Vorhaben nicht betroffen.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen.</b></p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>
3.5	FD Mobilität und Verkehr	<p>a) Fachdienst Brand-, Bevölkerungsschutz und Rettungsdienst: Belange des Bereiches Brand-, Bevölkerungsschutz und Rettungsdienst sind nicht berührt.</p> <p>b) Fachdienst Mobilität und Verkehrslenkung, untere Straßenverkehrsbehörde: Belange des FD Mobilität und Verkehrslenkung sind nicht berührt.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen.</b></p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>
3.6	FD Liegenschaftskataster	<p>Belange des Fachdienstes Liegenschaftskataster sind von der vorliegenden Planänderung nicht berührt.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen.</b></p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
3.7	FD Technische Bauaufsicht/vorbeugender Brandschutz	<p>Zum Vorentwurf der 1. Änd. des FNP 2040 sind seitens der Brandschutzdienststelle keine Hinweise erforderlich.</p> <p>Weitergehende Hinweise zur Löschwasserversorgung und zur Zugänglichkeit für die Feuerwehr sind im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu den Planverfahren der Bauungspläne Nr. 84, Nr. 85 und Nr. 86 dargestellt worden.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b>.</p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>
	Schlussbemerkungen	<p>Diese Stellungnahme entbindet nicht von notwendigen Abstimmungen oder Genehmigungen. Für ein Erörterungsgespräch mit Bezug auf die o. g. Satzung steht die im Briefkopf genannte Sachbearbeiterin bei Bedarf gerne zur Verfügung.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b>.</p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>
4.	Landesamt für Umwelt Brandenburg 05.10.2023	<p>Die übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft.</p> <p>Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Eine Stellungnahme aus dem Fachbereich Naturschutz kann aus Kapazitätsgründen nicht erfolgen.</p>	<p>Die <b>Hinweise werden zur Kenntnis genommen und wie folgt in die Abwägung einbezogen:</b></p>
4.1	Immissionsschutz	<p>Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p>	
		<p><u>Sachverhalt</u></p> <p>Mit der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes sollen Flächen als sonstige Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Photovoltaik in die Darstellungen (Änderungsbeurteilungen 1 bis 3) aufgenommen werden. Die Teilfläche 2 ist derzeit als gewerbliche Baufläche dargestellt.</p> <p>Die Änderungen stehen im Zusammenhang mit den verbindlichen Bauleitplänen</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b>.</p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>BP Nr. 84 „Solarpark Wallfeld“ (Teilfläche 1) BP Nr. 85 „Solarpark und Erweiterung Gewerbegebiet Orion“ (Teilfläche 2) BP Nr. 86 „Solarpark südlich Kremmener Sandberge“ (Teilfläche 3).</p> <p>Hierzu wurde das Landesamt für Umwelt jeweils bereits zu Stellungnahmen aufgefordert. In den Stellungnahme ergingen Hinweise für die weiteren Planungen und die Umweltberichte. Bedenken wurden zu den BP Nr. 84 und 86 nicht geäußert. Detaillierte Untersuchungen wurden in der Stellungnahme vom 20.02.2023 zum BP Nr. 85 zu den Geräuschemissionen und Maßnahmen der Minderung sowie zu den Auswirkungen schwerer Unfälle empfohlen.</p>	
		<p><u>Rechtsgrundlagen - Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen</u></p> <p>Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)<sup>1</sup> sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können durch die Emissionen ausgehender Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht und ähnliche Erscheinungen hervorgerufen werden. Hinweise zur Berücksichtigung des Schallschutzes bei der Städtebaulichen Planung gibt die DIN 18005 Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b>.</p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>
		<p><u>Rechtsgrundlagen - Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen</u></p> <p>Anforderungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen u.a. mit Pflichten der Betreiber von nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen sind in den §§ 3, 22 und § 66 Abs. 2 Bundes- Immissionsschutzgesetz, in den Verordnungen zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wie der, der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm)<sup>2</sup> und der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)<sup>3</sup> geregelt. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie<sup>4</sup> ermittelt und bewertet. Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm –Geräuschimmissionen (AVVBaulärm)<sup>5</sup> gilt für den Betrieb von Baumaschinen auf Baustellen und</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b>.</p> <p>Auf Grund der Entfernungen zur nächstgelegenen Nachbarschaft und der Geringfügigkeit der zu erwartenden Immissionen sind keine Anpassungen erforderlich.</p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		beinhaltet Bestimmungen zur Anordnung von Immissionsrichtwerten zum Schutz der Nachbarschaft.	
		<p><u>Fazit</u></p> <p>Teilbereich 1 und 3</p> <p>Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen zu den Teilbereichen 1 und 3 der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes keine Bedenken. Detaillierte gutachterliche Untersuchungen sind hierzu im Rahmen der 1. Änderung des FNP nicht erforderlich.</p> <p>Teilbereich 2</p> <p>Zur Änderung der Teilbereiches 2 verweise ich auf die Stellungnahme zum verbindlichen Bauleitplan Nr. 85. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht wurde empfohlen, unter Berücksichtigung der bestehenden Situation und weiteren Planungen zur Entwicklung gewerblicher Bauflächen, die Geräuschemissionen detailliert gutachterlich zu ermitteln und zu bewerten und ggf. Maßnahmen der Minderung zu ermitteln, die als Festsetzung aufgenommen werden können. Der Konflikt zwischen den Nutzungen kann im verbindlichen Bauleitplanverfahren gelöst werden.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b>.</p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>
		<p><u>Mitteilung</u></p> <p>Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Die Planung berührt immissionsschutzrechtliche Belange. Das Landesamt für Umwelt ist im weiteren Planverfahren zu beteiligen.</p>	<p><b>Das LfU erhält nach Abschluss des Planverfahrens die in Kraft getretene Satzung in digitaler Fassung.</b></p>
4.2	Wasserwirtschaft	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage	
		<p><u>Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen</u></p> <p>In der Änderungsfläche 3 befindet sich der Flatower Feldgraben als ein Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht zur Unterhaltung der Gewässer obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden. Das Plangebiet schließt</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b>.</p> <p>Die Gewässerunterhaltungsbehörden wurden beteiligt.</p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5). Die Änderungsflächen 1 und 2 sind nicht betroffen.	
		<p><u>Anforderungen der EU-WRRL - Planungsgrundlagen / EU-Berichterstattung (Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 1, 2, 4) Hinweise im Hinblick auf Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG)</u></p> <p>Mit dem Flatower Feldgraben (EU-Kennung DERW_DEBB588562_970) befindet sich ein nach EU Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berichtspflichtiges oberirdisches Gewässer im Plangebiet. Eine Relevanz der planerischen Festlegungen im Hinblick auf die Anforderungen der WRRL ist damit grundsätzlich möglich und sollte in dem Verfahren geprüft werden.</p> <p><u>Rechtsgrundlagen und das Plangebiet betreffende EU-Berichterstattung</u></p> <p>Die Umweltziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurden in das WHG als Bewirtschaftungsziele für die Gewässer übernommen. Um diese Bewirtschaftungsziele zu erreichen, wurden - als Instrumente zur Umsetzung der WRRL - Maßnahmenprogramme nach § 82 WHG und Bewirtschaftungspläne nach § 83 WHG aufgestellt. Im Internet können die das Plangebiet betreffenden aktuellen Unterlagen der EU-Berichterstattung (Zeitraum 2022-2027) für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe unter folgendem Link eingesehen werden:  <a href="https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/umwelt/wasser/gewasserschutz-undentwicklung/bewirtschaftungsplaene-und-massnahmenprogramme/">https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/umwelt/wasser/gewasserschutz-undentwicklung/bewirtschaftungsplaene-und-massnahmenprogramme/</a></p> <p><u>Allgemein verfügbare Daten- und Planungsgrundlagen des LfU für das Plangebiet</u></p> <p>Zur Untersetzung dieser Maßnahmenprogramme werden im Land Brandenburg für oberirdische Gewässer</p>	<p>Die Hinweise werden <b>berücksichtigt</b>.  Rechtsgrundlagen und Planungsziele werden in der Begründung ergänzt.  <b>Änderung der Begründung.</b></p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Be- lange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>Gewässerentwicklungskonzepte (GEK) erstellt. Das Plangebiet liegt in dem GEK „Rhin 3 und Kremmener Rhin bis Havel“. Dieses GEK liegt vor und der Endbericht kann unter <a href="https://www.wasserblick.net/ser-vlet/is/87936/">https://www.wasserblick.net/ser-vlet/is/87936/</a> (Regionalbereich West) nachgelesen werden.</p> <p>Wasserkörperspezifische Informationen können dem Kartendienst des Landes entnommen werden <a href="http://www.apw.brandenburg.de">www.apw.brandenburg.de</a> (Themen - Wasserrahmenrichtlinie). Beigefügt ist in der Anlage der Steckbrief für den Wasserkörper Flatower Feldgraben-970.</p> <p><u>Anforderungen an planerische Festlegungen</u></p> <p>Bei den planerischen Festlegungen, die Auswirkungen auf die Erreichung der Bewirtschaftungsziele des genannten Wasserkörpers haben können, sind das Verschlechterungsverbot und das Zielerreichungsgebot nach WHG § 27 zu beachten. Aufgrund des Zielerreichungsgebotes dürfen die planerischen Festlegungen auch der Umsetzung künftiger Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nicht entgegenstehen.</p> <p>Für den Flatower Feldgraben gilt als künstliches Gewässer das gute ökologische Potential als Bewirtschaftungsziel. Aufgrund des Zielerreichungsgebotes dürfen die planerischen Festlegungen auch der Umsetzung künftiger Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nicht entgegenstehen. Im Maßnahmenprogramm ist u.a. die Maßnahme</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umgestaltung der Uferbereiche einschließlich Anlegen von Randstreifen behördenverbindlich festgelegt.</li> </ul> <p>Im GEK „Kremmener Rhin und Rhin 3“ wird die vorgesehene Maßnahme untersetzt. Hier ist die Bepflanzung der unbeschatteten Bereiche im Oberlauf des Grabens vorgesehen.</p> <p>Die Festlegung von privaten Grünflächen zur landschaftlichen Einbindung und Eingrünung der Anlagenstandorte wird ausdrücklich begrüßt. Zur Entwicklung von Gehölzflächen im Gewässerrandstreifen sind zusätzlich entlang des Flatower Feldgrabens Grünflächen zur Entwicklung standortgerechter Gehölze in einer Breite von mindestens 15 m vorzusehen.</p>	<p>Die Hinweise werden <b>berücksichtigt</b>.</p> <p>Planungsziele werden in der Begründung ergänzt.</p> <p><b>Änderung der Begründung.</b></p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
5.	LBV – Landesamt für Bauen und Verkehr 22.09.2023	Gegen die vorliegende Planung bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Binnenschifffahrt, übriger ÖPNV und Luftfahrt keine Bedenken. Schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt.	Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b> . <b>Keine Änderung.</b>
6.1	Landesbetrieb Straßenwesen 28.09.2023	Der 1. Geltungsbereich (B-Plan 84) liegt westlich der L 19, Abschnitt 020, der 2. Geltungsbereich (B-Plan 85) liegt an der L 162, Abschnitt 010 und der 3. Geltungsbereich (B-Plan 86) liegt südlich der L 170, Abschnitt 060. Der Landesbetrieb Straßenwesen ist für alle Geltungsbereiche zuständig und nimmt wie folgt Stellung:  <ul style="list-style-type: none"> <li>- Der LS ist vom 1. Geltungsbereich nicht betroffen.</li> <li>- Der LS ist vom 2. Geltungsbereich betroffen und stimmt der Änderung zu. Es ist zu beachten, dass die Erschließung rückwertig zu erfolgen hat.</li> <li>- Der LS ist vom 3. Geltungsbereich betroffen und stimmt der Änderung zu. Es ist zu beachten, dass die Erschließung rückwertig zu erfolgen hat.</li> </ul>	Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b> . <b>Keine Änderung.</b>
7	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung 05.09.2023	Das Planungsgebiet ist weder von punktuellen Bodenordnungsmaßnahmen nach § 64 LwAnpG noch von großflächigen Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz betroffen. Es liegen auch keine entsprechenden Anträge vor.	Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b> . <b>Keine Änderung.</b>
8.1	Landesamt für Denkmalpflege, Dez. Bodendenkmalpflege 29.08.2023	Die o.g. Planung tangiert den Bereich dreier Bodendenkmale, die nach § 1 Abs. 1, § 2 Abs. 2 Nr. 4, § 3 Abs. 1 und § 7 Abs. 1 und 2 im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale und Bodendenkmale im Land Brandenburg vom 24. Mai 2004 (GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff.) unter Schutz stehen und zu erhalten sind. Es handelt sich im Änderungsbereich Blatt 1 um die im Eintragungsverfahren befindlichen Bodendenkmäler Nr. 70633, eine Siedlung der Bronzezeit, und Nr. 70635, ein Gräberfeld der Eisen- und Römischen Kaiserzeit, im Änderungsbereich Blatt 2 um das im Eintragungsverfahren befindliche Bodendenkmal Nr. 70632, eine Siedlung der Urgeschichte.	Der Hinweis <b>wird berücksichtigt</b> .  Die Planzeichnung wird durch das weitere Bodendenkmal ergänzt, welches nachrichtlich übernommen wird.  Die Hinweise und die Begründung werden ebenfalls ergänzt. Die Maßnahmen zur Sicherung der Belange des Bodendenkmals entsprechen denen des bereits im Entwurf in der Planzeichnung enthaltenen Bodendenkmals.  Daher nur <b>redaktionelle Änderung der Planzeichnung</b>  Das Landesamt für Denkmalpflege wird um eine erneute Stellungnahme gebeten.



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>Wir nehmen daher in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß § 17 BbgD-SchG wie folgt zur o.g. Planung Stellung:</p> <p>1. Die Planung tangiert den Bereich dreier Bodendenkmale, deren Ausdehnung in den o.g. Planungsarealen Sie den Anlagen zu diesem Schreiben entnehmen können. Bezüglich einer digitalen Bereitstellung der Bodendenkmalabgrenzungen wenden Sie sich bitte an unser Archäologisches Informations- und Dienstleistungszentrum (AIDZ).</p> <p>2. Im Zusammenhang mit den Bodendenkmalen sollten folgende Regelungen des Denkmalschutzgesetzes in die Unterlagen zur Planung aufgenommen werden: Alle Veränderungen von Bodennutzungen wie z.B. die Errichtung von baulichen Anlagen, die Anlage oder Befestigung von Wegen, Verlegungen von Leitungen, umfangreiche Hecken- und Baumpflanzungen mit Pflanzgruben größer als 50 x 50 x 50 cm usw. bedürfen im Bereich der Bodendenkmale einer Erlaubnis (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BbgDSchG). Sie ist bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde des Kreises Oberhavel zu beantragen (§ 19 Abs. 1 BbgDSchG) und wird im Benehmen mit unserer Behörde erteilt (§ 19 Abs. 3 BbgDSchG). Sofern sich die geplanten Maßnahmen als grundsätzlich erlaubnisfähig erweisen, geschieht dies in der Regel unter der Bedingung der Durchführung einer archäologischen Dokumentation (§ 9 Abs. 3 und 4 BbgDSchG); die Erdeingriffe müssen also archäologisch begleitet und entdeckte Bodendenkmale fachgerecht untersucht werden. Für die hier erforderlichen Dokumentationsarbeiten, zu denen die denkmalrechtliche Erlaubnis der Unteren Denkmalschutzbehörde jeweils Näheres festlegen wird, ist ein Archäologe bzw. eine archäologische Fachfirma zu gewinnen, deren Auswahl das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum zustimmen muss.</p> <p>Die Kosten für die archäologischen Maßnahmen sind nach § 7 Abs. 3 und 4 BbgD-SchG vom Veranlasser der Erdeingriffe im Rahmen des Zumutbaren zu tragen. Die durch archäologische Baubegleitungen, Ausgrabungen o.ä. entstehenden Mehrkosten und Bauverzögerungen, sind</p>	



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Be- lange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>einzukalkulieren, wenn Bodendenkmalbe- reiche beplant werden.</p> <p>3. Bei Erdarbeiten darüber hinaus unvermu- tet entdeckte Bodendenkmale (Scherben, Knochen, Stein- und Metallgegenstände, Steinsetzungen, Holz, Verfärbungen etc.) sind unverzüglich der Unteren Denkmal- schutzbehörde und dem Brandenburgi- schen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzei- gen (§ 11 Abs. 1 u. 2 BbgDSchG). Die auf- gefundenen Bodendenkmale und die Entde- ckungsstätte sind mindestens bis zum Ab- lauf einer Woche nach der Anzeige, auf Verlangen der Denkmalschutzbehörde ggf. auch darüber hinaus, in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).</p> <p>4. Funde sind dem Brandenburgischen Lan- desamt für Denkmalpflege und Archäologi- schen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).</p> <p>Wir bitten Sie, uns die Planung nach der Überarbeitung zur Prüfung und Bestätigung im Rahmen des weiteren Verfahrens zuzu- senden.</p>	<p>Das Landesamt für Denkmalpflege, Dez. Bodendenkmalpflege erhält die Unterlagen im weiteren Verfahren.</p>
10.	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe 04.09.2023	Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genom- men.</b> <b>Keine Änderung.</b>
11.	Landesbe- trieb Forst Brandenburg - untere Forstbehörde 22.09.2023	<p>Die untere Forstbehörde (uFB), vertreten durch die Oberförsterei Neuendorf nimmt zu der o.g. 1. Änderung des FNP für die Be- bauungspläne Nr. 84, Nr. 85 und Nr. 86 der Stadt Kremmen wie folgt Stellung.</p> <p>Bei den vorgenannten Bebauungsplänen ist Wald gem. § 2 Landeswaldgesetz (LWaldG) nicht betroffen.</p> <p>Gegen die Änderung der Bezeichnung „Sonstige Sondergebiete“ zu „Sonderge- biete mit Zweckbestimmung Photovoltaikan- lage“ haben wir keine Einwände. Die uFB stimmt aus forstrechtlicher Sicht den Pla- nungen zu.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genom- men.</b> <b>Keine Änderung.</b></p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
13	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr 19.09.2023	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b> . <b>Keine Änderung.</b>
15	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg 27.09.2023	<p>Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen zum Vorentwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplans 2040 der Stadt Kremmen im Parallelverfahren zur Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 84, Nr. 85 und Nr. 86 (Stand: Februar 2023) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Das Plangebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.</li> <li>2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o.g. Verfahren nicht berührt.</li> <li>3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem o.g. Vorhaben gegenwärtig nicht entgegen.</li> <li>4. Es bestehen keine Anforderungen an den Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung.</li> <li>5. Es besteht keine Bedenken gegen den Vorentwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplans 2040 der Stadt Kremmen im Parallelverfahren zur Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 84, Nr. 85 und Nr. 86 (Stand: Februar 2023).</li> </ol> <p>Das Planungsgebiet befindet sich im Stadtgebiet von Kremmen im Landkreis Oberhavel des Bundeslandes Brandenburg. Die Änderungsfläche 1 liegt ca. 8,0 km nordwestlich des Sonderlandeplatzes (SLP) Kremmen Hohenbruch. Die Änderungsbereiche 2 und 3 sind ca. 8,5 km in südwestlicher Richtung vom SLP Kremmen Hohenbruch entfernt. Dieser SLP wird auf Grundlage einer gültigen luftrechtlichen Genehmigung gem. § 6 LuftVG für die Durchführung</p>	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b> . <b>Keine Änderung.</b>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>von Flügen im Sichtflugverfahren am Tag betrieben. Ein Bauschutzbereich i.S.d §§ 12, 17 LuftVG wurde nicht festgesetzt. Zur Beurteilung von Luftfahrt-hindernissen sind die „Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb“ in den Nachrichten für Luftfahrer (NfL) 192/13 zu beachten. Die Änderungsbereiche 1 bis 3 befinden sich außerhalb von Bauschutzbereichen gem. §§ 12, 17 LuftVG ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segel- und Modellfluggeländen.</p> <p>Die geplante Ausweisung von Sonstigen Sondergebieten Photovoltaikanlagen ist nicht geeignet, luftverkehrsrechtliche Belange zu beeinträchtigen. Die Verwendung blendfreier Oberflächen bei PV-Modulen wird vorausgesetzt.</p> <p>Die Plangebiete liegen außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen (vgl. § 18a LuftVG).</p> <p>Insgesamt bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplans 2040 der Stadt Kremen im Parallelverfahren zur Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 84, Nr. 85 und Nr. 86 (Stand: Februar 2023).</p> <p>Hinweise:</p> <p>1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.</p> <p>2, Zur Abklärung eventueller militärischer Belange wenden Sie sich bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBW), Postfach 2963, 53019 Bonn.</p> <p>3. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen zu einzelnen Landeplätzen finden Sie unter: „<a href="https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg">https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg</a>“.</p>	
19.	Deutsche Telekom Technik GmbH 25.09.2023	In den drei Änderungsbereichen des Flächennutzungsplanes befinden sich zurzeit keine Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom. Durch die geplante Nutzungsänderung werden die Belange der Telekom nicht berührt.	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b> . <b>Keine Änderung.</b>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung												
20.	E.dis AG 29.08.2023	Hiermit erhalten Sie unsere grundsätzliche Zustimmung zur geplanten Änderung des Flächennutzungsplanes. Da keine direkten Belange der E.DIS betroffen sind, bestehen unsererseits keine Einwendungen. Im von der Änderung betroffenen Bereich befinden sich keine Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens. Diese Zustimmung beinhaltet noch keine die Zusage zum Anschluss der EEG-Anlagen an unser Versorgungsnetz, da hierzu vertragliche Vereinbarungen mit dem jeweiligen Investor in Ergebnis einer netztechnischen Prüfung erforderlich sind, welche nach Antragstellung in einem gesonderten Verfahren durch unsere zuständigen Fachabteilungen durchgeführt werden.	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b> . <b>Keine Änderung.</b>												
21.	NBB Netzgesellschaft 29.08.2023	Im unmittelbaren Bereich Ihrer geplanten Baumaßnahme liegen keine Anlagen der NBB bzw. vorhandene Anlagen werden gemäß Ihren Unterlagen nicht tangiert. Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu sind von Ihnen gesonderte Auskünfte einzuholen.  Die Bestandspläne werden laufend aktualisiert. Bei aktuell neuverlegten Gasleitungen ist es möglich, dass diese noch nicht in den Bestandsplänen enthalten sind. Hierzu bitten wir Sie, sich mit der NBB unter (030) 81876 1890, Fax-Nr.: (030) 81876 1749 abzustimmen.  Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b> . <b>Keine Änderung.</b>												
22.	GDMcom GmbH 12.09.2023	Bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Anlagenbetreiber</th><th>Hauptsitz</th><th>Betroffenheit</th><th>Anhang</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Erdgas-speicher Peissen GmbH Thüringen-Sachsen)</td><td>Halle</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> <tr> <td>Schwaig b. Nürnberg</td><td>Schwaig b. Nürnberg</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> </tbody> </table>	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgas-speicher Peissen GmbH Thüringen-Sachsen)	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Schwaig b. Nürnberg	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b> . <b>Keine Änderung.</b>
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang												
Erdgas-speicher Peissen GmbH Thüringen-Sachsen)	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein												
Schwaig b. Nürnberg	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein												



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Be- lange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>ONTRA Leipzig nicht Aus- S Gas- betrof- kunft trans- fen Allge- port mein GmbH <sup>2</sup></p> <p>VNG Leipzig nicht Aus- Gas- betrof- kunft spei- fen Allge- cher mein GmbH <sup>2</sup></p> <p>Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorge- nannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet wer- den muss, bei denen weitere Auskünfte ein- zuholen sind!</p> <p>Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich den Ihrer Anfrage enthält.</p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Pla- nungen der/s oben genannten Anlagenbe- treiber/s.</p> <p>Wir haben keine Einwände gegen das Vor- haben.</p> <p>Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Pla- nung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzu- führen.</p> <p>Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Bau- maßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.</p> <p>Weitere Anlagenbetreiber Bitte beachten Sie, dass sich im angefrag- ten Bereich Anlagen Dritter befinden kön- nen, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p>	
23	OWA 01.09.2023	<p>Unsererseits bestehen keine Einwände zur vorliegenden Entwurfsfassung bestehen. Der Bebauungsplanbereich ist trinkwasser- technisch nicht erschlossen. Die nächstge- legene Anschlussstelle wäre die Trinkwas- serleitung PE 75 x 6,9 am westlichen Ende der Beetzer Dorfstraße (ca. 600 m Luftlinie). Eigene Planungen und umweltrelevante Hinweise legen nicht vor.</p>	<p>Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genom- men.</b></p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
24.	Zweckverband Kremmen 05.09.2023	Zum Vorentwurf wird wie folgt Stellung genommen:  1. Grundsätzliche Bedenken hinsichtlich der geplanten Bebauungen bestehen aus Sicht des Zweckverbandes nicht, da auf allen Grundstücken die Anlagen zur Entwässerung nicht erforderlich sind.	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b> .  <b>Keine Änderung.</b>
25.	Wasser- und Bodenverband „Rhin-Havelluch“ 04.09.2023	Die Belange des Verbandes wurden in den Stellungnahmen zu den benannten Bebauungsplänen dargelegt und sind entsprechend auch im FNP zu berücksichtigen. Eine weitergehende Stellungnahme ist daher m.E. nicht erforderlich.	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b> .  <b>Keine Änderung.</b>
34	50Hertz Transmission GmbH 30.08.2023	Im Planungsgebiet der Änderungsfläche 3 befindet sich unsere  • Kompensationsmaßnahme „Anlage einer Strauchhecke und Baumreihe (Zw. Kremmen und Groß-Ziethen)“.  Unsere Stellungnahme vom 28.06.2023 an die Stadt Kremmen mit der Reg.-Nr. 2019-001023-05-TGZ behält vollumfängliche ihre Gültigkeit.  Folgender Passus ist in die Planunterlagen zu übernehmen: Alle Arbeiten, Bauvorhaben und Pflanzmaßnahmen, die im Bereich unserer Kompensationsmaßnahme geplant oder durchgeführt werden sollen, sind zur gesonderten Prüfung und bei 50Hertz, Regionalzentrum Mitte, Standort Neu-enhagen, Am Umspannwerk 10, 15366 Neuenhagen (E-Mail: leitungsauskunft-rzmitte@50hertz.com) einzureichen.  Wir bitten, die Inhalte unserer vorgenannten Stellungnahme in die Begründung des Flächennutzungsplanes aufzunehmen sowie um weitere Beteiligung am Planungsverfahren.	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b> .  Regelung auf der Ebene des Bebauungsplans.  <b>Keine Änderung.</b>
41.	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände 29.09.2023	PV-Freiflächenanlagen stellen aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes gemäß § 14 Abs. 1 BNatSchG i.d.R. einen Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild dar. Da durch PV-Freiflächenanlagen Landschaften zerschnitten, Barrieren für wandernde Tierarten aufgebaut, Bodenflächen versiegelt und das Landschaftsbild beeinträchtigt werden, können die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Fauna schwer abgeschätzt werden. Aus Natur- und Landschaftsschutzsicht sollten Freiflächenanlagen daher bevorzugt auf Flächen mit bereits hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung	Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b> .  Der Umweltbericht und die Begründung haben die Auswirkungen der Planung auf die Barrierewirkung für Tierarten, die Versiegelung von Boden und die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes bewertet.  Für Kleintiere ist der Zaun durch den Bodenabstand durchlässig gestaltet, für Brutvögel und Greifvögel bietet die Gestaltung zahlreiche Ansätze für eine weitere Nutzung der Fläche, Großwild kann die Fläche umgehen und findet ausreichend



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>außerhalb von Schutzgebieten errichtet werden. Es sind vor Errichtung einer PV-Freiflächenanlage die Kapazitäten von Photovoltaik auf bspw. Dächern innerhalb der Gemeinde einzuschätzen. Einfriedung und Pflege müssen naturverträglich gestaltet werden. Für die Einfriedung bedeutet das, dass diese min. 20cm über dem Boden oder mit regelmäßigen Durchlässen errichtet werden muss. Es sind Wildwanderkorridore einzuplanen, um den Landschaftsverbund zu gewährleisten. Die Fläche sollte je nach Vegetationsgemeinschaft entsprechend gepflegt werden (extensive Mahd oder Beweidung).</p> <p>Landwirtschaftlich genutzter Boden mit, für brandenburgische Verhältnisse gutem Boden (Bodenzahl um die 50), soll von der Umnutzung ausgeschlossen werden. Diese Flächen sind der Ernährungssicherung vorzubehalten.</p>	<p>Nahrungsflächen in der Umgebung. Zudem wird das Nahrungsangebot in Form von Insekten durch das Aufstellen von Insektenhotels verbessert.</p> <p>Die Bodenversiegelung wird durch die Umwandlung von Acker in extensives Grünland auf der Sondergebietsfläche ausgeglichen.</p> <p>Zur Vermeidung von Eingriffen in das Landschaftsbild erfolgt eine Eingrünung der Fläche.</p> <p>Alternative Flächen für die Erzeugung alternativer Energien einschließlich Dachflächen und bereits vorgeschädigter Flächen sind geprüft worden. Die Prüfung ist in der Begründung dargestellt worden. Auch die in der Planung befindliche Ackerfläche ist hinsichtlich anderer Nutzungen wie der Ernährungssicherung geprüft worden.</p> <p><b>Keine Änderung.</b></p>
		<p>BP 84 Die Größe des Solarparks beläuft sich auf etwa 34 Hektar. Nord-westlich gelegen findet sich das Vogelschutzgebiet Rhin-Haveluch sowie das FFH- und Naturschutzgebiet Kremmener Luch. Beeinträchtigungen der Schutzgebiete und Beeinträchtigungen der geschützten Arten sind nachweislich auszuschließen. Der Solarparks soll auf bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen errichtet werden. Die Fläche wird von Zug- und Rastvögeln regelmäßig angeflogen.</p> <p>Die bereits am 17. Februar 2023 von uns angeführten Einwände werden aufrechterhalten. Die Planung wird nach wie vor abgelehnt. Auf die Hinweise zu den Pflanzgebieten wird erneut verwiesen.</p> <p>Der Bereich des Bodendenkmals kann als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgelegt werden.</p> <p>Das Untersuchungsgebiet der Brutvogelkartierung ist wesentlich andersartig, als das des Plangebiets des Solarparks. Die Brutvogelkartierung hat demnach für einen Großteil der Solarparkfläche keine Aussage und muss wiederholt werden. Feldlerchen Brutplätze sind entsprechend zu kompensieren und feldlerchenfreundliche Abstände zwischen den Modulreihen (min. 4m besonnte Fläche) einzuplanen. Gegebenenfalls sind breite besonnte ackerähnliche Flächen an den Rändern des Solarparks</p>	<p>Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b>.</p> <p>Hinsichtlich der Zug- und Rastvögel sowie die Betroffenheit des SPA-Gebiets Rhin-Haveluch ist eine SPA-Verträglichkeitsvorprüfung sowie eine Untersuchung der Zug- und Rastvögel durchgeführt worden, die zu dem Ergebnis kommt, dass keine wesentlichen Beeinträchtigungen durch die Planung zu erwarten sind.</p> <p><b>Keine Änderung.</b></p> <p>Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b>.</p>



Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		einzurichten, da sich Feldlerchen nachweislich v.a. in Randbereichen von Solarparks aufhalten.	
		BP 85 Die Hinweise und Einwendungen aus der Stellungnahme vom 17. Februar 2023 für den Solarpark Gewerbegebiet Orion werden aufrechterhalten. Die Umsetzung der Planung wird nicht abgelehnt, um Berücksichtigung der Hinweise zu den Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen sowie zur naturverträglichen Ausgestaltung des Solarparks wird gebeten.	Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b> .
		Generell ist zu bedenken, dass die Flächen mit der Sonderbestimmung Photovoltaik nach Ablauf ihrer vertraglichen Laufzeit nicht ohne Befreiungsantrag in Ackerflächen umgebrochen werden können, Grünlandumbruch wird von den Verbänden zu- meist abgelehnt. Eine Nachnutzung könnte sich damit auf extensiv bewirtschaftetes Grünland beschränken. Der Verlust an ackerwirtschaftlich nutzbarer Fläche muss abgewogen werden. Zudem ist zu beachten, dass die Lizenz-Vergabe zur Einspeisung der erzeugten Energien begrenzt und das Netz bereits überlastet ist.  Die Verbände lehnen außerdem eine spekulative Umwandlung von Vorrangflächen zugunsten der Zweckbestimmung Sondergebiet Photovoltaik ab.  Bei der Flächenpflege ist generell darauf zu achten, dass keine schlagenden Werkzeuge und keine Absauger genutzt werden. Die Mahd sollte mindestens 8cm über dem Boden angesetzt werden und das Streugut zwar von der Fläche beräumt werden, aber erst nachdem dieses eine kurze Zeit auf der Fläche verblieben ist. Eine Beweidung ist je nach Standort möglich. Meistens eignen sich v.a. Schafe, dabei ist der Bestatz jedoch möglichst gering zu halten. Sollten sich Bodenbrüter auf der Fläche befinden, empfehlen wir eine Mosaikmahd.	Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b> .  Auf die Thematik des Flächenumbruchs wird in der Begründung hingewiesen.  Die Thematik der Einspeisung der Energie in die Versorgungsnetze ist Gegenstand eines gesonderten Verfahrens.  Es handelt sich um keine Planungs- oder baurechtlichen Vorrangflächen. Eine spekulative Umwandlung ist nicht erkennbar, da die Gemeinde hier eine Vorsorge für die Versorgung mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen betreibt.  <b>Keine Änderung.</b>  Die Hinweise werden <b>zur Kenntnis genommen</b> .  Hinweise zur Mahd der Flächen erfolgen vor allem im Hinblick auf den frühesten Mahdzeitpunkt zum Zwecke des Schutzes bodenbrütender Vogelarten. Weitere Maßnahmen sind aus den vorhandenen Nutzungen und den faunistischen Untersuchungen nicht ableitbar.  <b>Keine Änderung.</b>
52.	Stadt Nauen 31.08.2023	Die Belange der Stadt Nauen werden durch die Planung nicht berührt.	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b> .  <b>Keine Änderung.</b>
53.	Amt Lindow (Mark)	Es gibt keine Anregungen und Hinweise zu Ihren Planungen. Belange und Planungen	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genommen</b> .



Nr.	Behörde, Träger öff- fentl. Be- lange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
	19.09.2023	der amtsangehörigen Gemeinden werden nicht berührt.	<b>Keine Änderung.</b>
54.	Gemeinde Oberkrämer 30.08.2023	Die Belange der Gemeinde Oberkrämer werden durch die Planung nicht berührt.	Der Hinweis wird <b>zur Kenntnis genom- men.</b> <b>Keine Änderung.</b>



### **Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte durch öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 84 „Solarpark Wallfeld“ im Zeitraum vom **12.06.2023** bis einschließlich **22.07.2023** im Rathaus der Stadt Kremmen. Weiterhin bestand die Möglichkeit die Auslegungunterlagen auf der Internetseite der Stadt Kremmen einzusehen.

Von Seiten der Öffentlichkeit wurden **keine Stellungnahmen** zur Planung abgegeben.